

Pressemitteilung 26/2021

Halle (Saale), den 14. Oktober 2021

Ostdeutsche Wirtschaft weniger von Lieferengpässen belastet als gesamtdeutsche, aber niedrigere Impfqoten bergen Risiko
Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021 und von Länderdaten aus jüngeren Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

Die derzeitigen Lieferengpässe beeinträchtigen die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland etwas weniger als in Deutschland insgesamt. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2021 dürfte in Ostdeutschland mit 1,8% zwar geringer ausfallen als in Deutschland insgesamt (2,4%), doch 2022, wenn die Lieferengpässe weniger hemmen, dürfte sich dieser Abstand wohl noch vergrößern (Ostdeutschland: 3,6%, Deutschland: 4,8%).

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem [Herbstgutachten](#), dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland nach wie vor von der Corona-Pandemie gekennzeichnet wird. Zudem behindern zurzeit Lieferengpässe bei Vorprodukten die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Das trifft auch für die ostdeutsche Wirtschaft zu. „Die Engpässe schlagen aber nicht ganz so deutlich auf die ostdeutsche Produktion durch, weil das Verarbeitende Gewerbe und insbesondere die von den Engpässen stark betroffene Automobilindustrie im Osten ein etwas geringeres Gewicht haben“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Die Lieferengpässe dürften sich in den vom Statistischen Bundesamt für das erste Halbjahr 2021 berichteten Daten für das Bruttoinlandsprodukt in den Ländern noch nicht voll niedergeschlagen haben. Demnach lag die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland mit reichlich 2% 0,7 Prozentpunkte unter der Gesamtdeutschlands.¹ Ausschlaggebend für den Unterschied sind die hohen Zuwächse in Baden-Württemberg und Bayern, wo das Verarbeitende Gewerbe ein besonders großes Gewicht hat.

Vom Pandemiegeschehen gehen im kommenden Winter insbesondere für die kontaktintensiven Dienstleistungen nochmals Risiken aus. Hier sind die Bedingungen im Osten ungünstiger als in Deutschland insgesamt: Auf Grundlage von Angaben des Robert-Koch-Instituts für die Bundesländer ergibt sich gegenwärtig (10. Oktober) eine Quote der vollständig geimpften Personen in Ostdeutschland von etwa 60%, für Deutschland liegt die Quote bei 65%. Die Pandemie scheint den Umsatz im

¹ Berechnung des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts aus den Länderangaben durch das IWH.

Sperrfrist
14. Oktober 2021, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iw-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iw-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Ostdeutschland, Konjunktur, Prognose, Produktivität, Konvergenz, Ost-West-Vergleich

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Gastgewerbe schon den Sommer über im Osten mehr gedämpft zu haben als im Westen. Denn eine Auswertung von Umsatzzahlen in Ost und West durch das Statistische Bundesamt² hat ergeben, dass die westdeutschen Umsätze des Gastgewerbes von März bis Juli 2021 im Vorjahresvergleich wieder etwas zugelegt haben, während die ostdeutschen weiter gesunken sind.

Alles in allem dürfte der Zuwachs in Ostdeutschland im Jahr 2021 mit 1,8% etwas geringer ausfallen als in Deutschland insgesamt (2,4%). Für das Jahr 2022, wenn Lieferengpässe das Verarbeitende Gewerbe weniger hemmen, wird der Abstand zwischen dem deutschen Zuwachs (4,8%) und dem ostdeutschen (3,6%) wohl größer ausfallen. Für das Jahr 2023 wird für Ostdeutschland ein Zuwachs von 1,5% veranschlagt (Deutschland: 1,9%). Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit fällt von 7,1% im Jahr 2021 auf 6,7% im nächsten Jahr und 6,5% im Jahr 2023.

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten](#). Oktober 2021. Halle (Saale) 2021.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de



Das IWH auf [Twitter](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

² Anlässlich des Tags der Deutschen Einheit Anfang Oktober; vgl. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/10/PD21_N58_42.html.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 96 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.